

## Menschenrechte und Frauenrechte sichern und stärken, national und global

### Österreich nach der Wahl

Am 29. September wurde in Österreich gewählt. Nun geht es darum, eine Regierung zu bilden, die Österreich in Zeiten multipler Krisen zu einer starken Akteurin für Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit und für ein gutes Leben für alle macht.

Österreich hat sich in zahlreichen internationalen Abkommen<sup>1</sup> zu einer gerechten, solidarischen und lebenswerten Zukunft für alle bekannt.

**In diesem Sinn fordert die Frauen\*solidarität die künftige Regierung auf:**

- **die multilaterale Zusammenarbeit und Kooperation zu stärken** auf der Grundlage der Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte, der Anerkennung der planetarischen Grenzen, der internationalen Solidarität und der Übernahme von Verantwortung für den eigenen Beitrag zu aktuellen Krisen, wie z.B. der Klimakrise.
- **einen aktiven Beitrag zu einer ökologisch-sozialen Transformation der österreichischen, europäischen und globalen Wirtschaft zu leisten.**

Dazu sollte die künftige Regierung:

- **öffentliche Dienstleistungen ausbauen und für alle zugänglich** machen (u.a. die Bereiche Pflege, vorschulische und schulische Bildung, verbesserten Zugang zum Bereich der sexuellen und reproduktiven Rechte, sowie der Ausbau von Schutzeinrichtungen für Überlebende von Gewalt).
  - **eine Handelspolitik unterstützen**, die auf der Einhaltung von Frauen- und Arbeitsrechten ebenso basiert wie auf der Berücksichtigung von **Sozial- und Umweltstandards, u.a. mit der Umsetzung des EU-weiten Lieferkettengesetzes.**
  - Maßnahmen für **internationale Steuergerechtigkeit** setzen und Steuersysteme reformieren, die Frauen (u.a. durch *pink tax*) und einkommensschwache Menschen (u.a. durch Steuern auf Produkte des alltäglichen Bedarfs) überproportional belasten.
- **sich zur österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe bekennen und die Mittel dafür sukzessive erhöhen**, um einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung von Hunger, Armut und Benachteiligungen zu leisten. Die österreichische Entwicklungspolitik sollte dabei insbesondere die Rechte, Ressourcen und Repräsentation von Frauen und Mädchen stärken. Diese sind weltweit die vulnerabelste Gruppe, die überproportional von Gewalt, Einschränkung der Grundfreiheiten und Armut betroffen ist. Projektmittel sollten vorwiegend in Vorhaben investiert werden, die

---

<sup>1</sup> u.a. Pekingener Deklaration und Aktionsplattform (1995), UN-Agenda 2030 und ihrer 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs), EU Gender Equality Action Plan (GAP) III (2021-2025)

Geschlechtergerechtigkeit fördern. Frauenrechts-, indigene und LGBTIQ-Organisationen sollten als Projektpartner\_innen die Erarbeitung und Umsetzung dieser Vorhaben mitbestimmen und durch erhöhte Fördermittel in ihrer Arbeit gestärkt werden. Entwicklungspolitische Bildungs- und Bewusstseinsarbeit, die zur Stärkung der Geschlechtergerechtigkeit beiträgt, sollte mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet werden.

- **rechtsstaatliche Prinzipien und die demokratische Partizipation sowie zivilgesellschaftliche Initiativen, die auf demokratischen Grundwerten basieren, stärken und fördern**, insbesondere Menschenrechts- und Umweltverteidiger\_innen, Journalist\_innen, Frauenrechts- und LGBTIQ-Organisationen.
- **Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von geschlechtsbezogener Gewalt zu ergreifen**, wie den Ausbau von Schutz- und Unterstützungsangeboten für Betroffene, die Förderung von Präventionsprogrammen und Bildungsinitiativen, die patriarchale Strukturen hinterfragen und Geschlechtergerechtigkeit fördern.
- **eine Migrationspolitik verfolgen**, die auf den Prinzipien der **Achtung der Menschenrechte** und der **Menschenwürde**, der bestehenden **internationalen Rechtsrahmen** und **Solidarität** beruht.
- **sich aktiv an Maßnahmen zur Friedenssicherung und Konfliktlösung beteiligen** und dabei die **Beteiligung von Frauen** im Sinne der UN-Resolution Resolution 1325 "Frauen, Frieden und Sicherheit", deren Verabschiedung sich im nächsten Jahr zum 25. Mal jährt, **aktiv zu fördern**. In Österreich soll der schon begonnene Prozess für einen Zivilen Friedensdienst fort- und umgesetzt werden.

Nur gemeinsam und mit tiefgreifenden, langfristigen Veränderungen kann eine lebenswerte Zukunft für alle geschaffen werden. Wir fordern die nächste Regierung auf, diese notwendigen Schritte umzusetzen.

*Frauen\*solidarität, September 2024*